MEDIENDIENST

Bunderatsentscheid

Erneuter bundesrätlicher Kniefall vor der Autolobby

Die Schweiz ist arg im Rückstand bei der Reduktion der Klima schädigenden Luftschadstoffe. Im Bereich der Heizungen sind zwar Fortschritte erzielt worden. Ganz anders beim motorisierten Strassenverkehr, der heute massgeblich dafür verantwortlich ist, dass die Schweiz den NOx-, und den CO2- Ausstoss in den letzten Jahren nicht verringert, sondern erhöht haben. Damit verfehlt die Schweiz auch ihre international eingegangene Verpflichtung zur Reduktion der Klima schädigenden, den Treibhauseffekt verursachenden Abgase: Statt in Richtung einer Reduktion von 8-10% gegenüber dem Schadstoffausstoss im Jahre 1990, wie es das Kyoto-Protokoll bis 2010 verlangt, sind wir heute bei einer Zunahme von rund 6%!

Bei dieser Situation gilt es, alle Massnahmen zu ergreifen, die einen Beitrag zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs und damit auch zur Reduktion der Luftschadstoffe allgemein und der Klimaschädigenden insbesondere leisten. Die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) ist daher über den heutigen Bundesratsentscheid enttäuscht und empört: Es kann doch nicht sein, dass der Bundesrat noch im Sommer dieses Jahres Anreize für das Umsteigen auf weniger schwere und weniger Benzin fressende Autos beschliesst, indem die grossen Säufer höher besteuert und die bescheidenen, wenig Benzin brauchenden, umweltfreundlicheren Autos einen Bonus erhalten sollten, und nun der gleiche Bundesrat diesen Beschluss wieder kippt!

Nach den unsäglichen, anbiedernden Äusserungen des Justizministers anlässlich der Autoausstellung in Zürich ist dies nun ein weiterer Kniefall vor der Autolobby, die weiterhin frisch fröhlich grosse und teure Benzinfresser verkauft und wenig bis nichts tut, um die eingegangene Verpflichtung, weniger schwere und mehr benzinsparende kleinere Autos einzuführen und zu verkaufen. Die EVP ist entrüstet und protestiert in aller Form. Ihre Nationalräte werden in der Wintersession entsprechende Vorstösse im Parlament vortragen.

Zürich, 23. November 2005/rae

Für Auskünfte:

Nationalrat Dr. Ruedi Aeschbacher, Präsident der EVP der Schweiz: 076 376 33 84
Joel Blunier, Generalsekretär EVP Schweiz: 076 379 76 79